

Das alternative Belarus und das marginalisierte Andere: Zu Ausgrenzungstendenzen im nationalkonservativen Lager der belarussischen Opposition

Filip Busau (Freie Universität Berlin)

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag problematisiert das Bild der belarussischen Nation, das von der belarussischen politischen Opposition angeboten wird. Es handelt sich weniger um ein konkretes politisches Programm einzelner Parteien, sondern vielmehr um Umriss eines Konzepts, die aus Stellungnahmen ihrer Anführer, Vertreterinnen und Vertreter ersichtlich werden. Dabei wird vor allem untersucht, wie sich einzelne Vertreter des sogenannten »Belarussischen Unabhängigen Blocks«, also des konservativen, national-christdemokratischen, mitte-rechts bis rechts orientierten Teils der Opposition, in Bezug auf Gruppen positionieren, die unter dem derzeitigen Regime in Belarus in besonderem Maße verschiedenen Formen von Diskriminierung ausgesetzt sind. Es soll aufgezeigt werden, dass diese Teile der Opposition hier denselben Leitlinien folgen wie die dominierenden politischen Strukturen im Land, denen sie sich entgegenstellen. Sie bieten damit keine Alternative zur Überwindung der in der belarussischen Gesellschaft vorhandenen Diskriminierungsmuster. Dies soll an Beispielen von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität, des Geschlechts, der sogenannten ethnischen Herkunft sowie der Religion illustriert werden. Die in diesem Beitrag dargelegte kurze Analyse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist vorläufig. Sie sollte nicht als pauschales Urteil verstanden werden, dass alle Vertreterinnen und Vertreter der belarussischen Opposition die geschilderten Ansichten teilen würden.

Begriff der Opposition

Der Begriff »Opposition« im Allgemeinen und der politischen Opposition im Besonderen lässt sich nicht eindeutig festlegen und kann je nach politischem System variieren. Es lässt sich diskutieren, ob Opposition institutionalisiert und legitimiert sein muss, um unter die Kategorie »politische Opposition« zu fallen und inwieweit dies außerhalb demokratischer Systeme möglich ist. In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass unter nichtdemokratischen Bedingungen sowohl vom Staat anerkannte als auch nicht anerkannte Initiativen als politische Opposition betrachtet werden können, solange sie einen Regimewechsel als Ziel haben. (Michal Kubát: *Political Opposition in Theory and Central European Practice*. Frankfurt a. M., 2010, S. 19–26, 30).

Für den vorliegenden Beitrag sind vor allem jene belarussischen Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen von Interesse, die einen wertekonservativen Nationalismus und ein deutlich alternatives Konzept der belarussischen Nation vertreten. Die Analyse baut auf konkreten Aussagen einzelner Vertreter dieser Parteien und Organisationen sowie auf einzelnen Passagen ihrer Programme auf. Aufgrund der geringeren Anzahl von Aussagen anderer politischer Akteure zu den hier zu behandelnden marginalisierten Gruppen, konzentriert sich die Analyse auf die Mitte und den rechten Teil des politischen Spektrums und kann damit Grundlage für eine erweiterte fundierte Studie liefern. Darin könnten darüber hinaus zusätzlich der gemäßigte Flügel der poli-

tischen Opposition sowie NGOs und parteilose Aktivistinnen und Aktivisten berücksichtigt werden, aber auch die (potentiellen) Anhänger der jeweiligen oppositionellen Parteien sowie sonstige oppositionell gesinnte Bürgerinnen und Bürger, die sich eher als soziale Bewegung und weniger als politische Partei verstehen.

Konkurrierende Selbstbilder

In den letzten Jahrzehnten wurden auf akademischer Ebene mehrere Versuche unternommen, einerseits dem Selbstbild der Nation im postsowjetischen Belarus, und andererseits den verschiedenen nationalistischen Ansätzen nachzugehen. Daraufhin wurden Konzepte vorgelegt, die Belarus als eine entnationalisierte Nation (D. R. Marples: *Belarus. A denationalized nation*, Amsterdam 1999) oder einen antinationalen Staat darstellen. Dem Vorwurf, die Regierung unter Aljaksandr Lukaschenka sei antinational oder gar anti-belarussisch, wurde die These über zwei parallel existierende, in der Geschichte der Nation verwurzelte belarussische Identitäten gegenübergestellt (s. i.d. Lesetipps: Bekus: *Struggle over...* sowie Bekus: *Ethnic identity...*). Demzufolge konkurrieren zwei Identitäten miteinander: Die offizielle, ideologisch nationalstaatliche, an Russland orientierte und eine alternative, die nicht selten als europäisch ausgerichtet begriffen und in Teilen der politischen Opposition sowie durch Aktivisten vertreten wird. Es handelt sich also um eine Konfrontation von »staatsbürgerlichen« (»civic«) und ethnischen Nationalismus, wie es

auch Grigory Ioffe und Per A. Rudling in ihren Arbeiten feststellen (s. Lesetipps).

Ausgehend von dieser theoretischen Basis ließe sich annehmen, dass die belarussische politische Opposition bei der von ihr implizierten Werteausrichtung und Positionierung gegenüber dem Regime einen Wechsel in den vorherrschenden gesellschaftlichen Mustern anstreben bzw. ihre Solidarität mit anderen durch das Regime marginalisierten und diskriminierten Gruppen und Bewegungen bekunden würde. Allerdings ist das Gegenteil der Fall, wie es im Folgenden aufgezeigt werden soll.

Diskriminierung auf höchstem Niveau

In Belarus gehören Marginalisierung und Diskriminierung nicht nur zum Alltag, sondern werden von Politikern bis in die höchsten Positionen sowie vom Präsidenten selbst regelmäßig an den Tag gelegt und dadurch indirekt befördert. Betroffen sind, um nur wenige Gruppen zu nennen, die belarussische LGBTQ+-Gemeinschaft, Frauen sowie ethnische Minderheiten, deren Diskriminierung auf alten Vorurteilen basiert. Um nicht zahlreiche Zeitungsartikel heranziehen zu müssen, seien an dieser Stelle repräsentativ einige Aussagen von Lukaschenka genannt, die Grigory Ioffe dokumentiert hat. So behauptete der Präsident, dass in den von Juden bewohnten Orten schweinestallähnliche Verhältnisse herrschten (s. in d. Lesetipps: Ioffe, S. 161) und dass es besser sei, ein Diktator zu sein als schwul (Ioffe, 105). Ioffe nimmt an, dass durch diese und ähnliche Aussagen eine demonstrative Nähe zum Volk bezweckt wird, in voller Kenntnis der verwurzelten Stereotype (Ioffe, S. 161f). Gleichzeitig demonstriert der Staatschef aber auch seine Ignoranz in grundlegenden Fragen: So kennt er nicht den Unterschied zwischen Bi- und Heterosexuellen und schreibt Männern die Schuld daran zu, dass »Frauen zu Lesben werden« (Ioffe, S. 197). Paradox erscheint die Behauptung der Vorsitzenden der zentralen belarussischen Kommission für Wahlen und Referenden Lidzija Jarmoschyna, Frauen seien an Politik nicht interessiert und von ihrer Natur her apolitisch (Dipservice 2016: <https://issuu.com/dipservice/docs/journal_dipservice_11>, S. 77). Vor allem aber gehören Vertreter und Anhänger der politischen Opposition zu den von der Regierung diskriminierten und dämonisierten Gruppen. Während seiner Regierungszeit hat Lukaschenka eigens auf sie gemünzte Bezeichnungen und Codewörter wie »Fünfte Kolonne« und »Swjadomyja« (dt. ungefähr: »Überzeugte«, »Bewusste«) geprägt (Ioffe, S. 252).

Ethnische und religiöse Distanzierung

Für die politische Opposition hingegen ist der regierende Staatschef der wichtigste Gegenspieler, dessen Präsidentschaft es zu delegitimieren gilt. Für diesen

Zweck werden nebulöse Teile seiner Biografie aufgegriffen und mit eigenen Theorien gedeutet, wobei ethnische Zugehörigkeit instrumentalisiert wird. Die gängigen und sich mittlerweile etablierten Thesen, die durch oppositionelle Aktivisten und auf alternativen Internetplattformen verbreitet werden, schreiben dem Präsidenten eine jüdische bzw. Roma-Abstammung zu (s. in d. Lesetipps: Astapova, S. 44f.). Diese Tatsache ist besonders angesichts der Bemerkung von Nelly Bekus interessant, die politische Opposition in Belarus halte Lukaschenkas Regierung und Ideologie für antinational und anti-belarussisch (s. in d. Lesetipps: Bekus: *Struggle...*, S. 14). Indem Lukaschenkas Person als Präsident auf die geschilderte Art und Weise diskreditiert wird, erfolgt eine Gegenüberstellung von Belarussen und ethnischen Minderheiten in Belarus, wobei letzteren die Zugehörigkeit zur belarussischen Nation abgesprochen wird.

Die Soziologin Natalia Mamul stellt fest, dass eine bewusste Distanzierung von anderen ethnischen Gruppen typisch für junge Belarussen sei und einen der ersten Schritte auf ihrem Weg zu einer alternativen nationalen Identität und einer Selbstidentifizierung mit der Opposition darstelle. Ein weiteres Merkmal dürfte das wiederentdeckte Bekenntnis zum christlichen Glauben sein. Im postsowjetischen Belarus mit seinem »orthodoxen Atheismus« und Lukaschenka als dessen prominentesten Vertreter wird auch die Religion als ein Instrument zur Opposition verstanden und von einzelnen Aktivisten für machtpolitische Zwecke missbraucht. Die nicht registrierte Partei »Belarussische Christliche Demokratie« (BChD) grenzt sich zum Beispiel klar von den europäischen Christdemokraten ab und erklärt, in Belarus sollten sich Gesetze an biblische Gesetze anlehnen und letzteren nicht widersprechen dürfen (<<https://www.sva boda.org/a/764583.html>>). In jüngster Zeit berufen sich auch weniger religiöse Opponenten des belarussischen politischen Regimes auf das Christentum und stellen es populistisch dem Islam gegenüber. Solche Ansichten sind für Belarus relativ neu und nicht zuletzt auch deshalb interessant, weil sie bisher nicht von Vertretern der offiziellen Regierung aufgegriffen worden sind. Mittlerweile scheinen sie angesichts der Migrationsdebatte in Europa sowie lokalen Ereignissen wie die Eröffnung der Minsker Moschee 2016 an Aktualität zu gewinnen. Auf die Frage der Zugehörigkeit der Muslime zur Gesellschaft, die seit kurzer Zeit auch in Belarus auf der Tagesordnung steht, scheinen allen voran so manche konservativen oppositionellen Politiker und Aktivisten leichte und populistische Antworten zu haben. Dies lässt sich am Beispiel der Reaktion auf den Nachdruck von Mohammed-Karikaturen der dänischen Zeitung »Jyllands Posten«

aufzeigen, der 2006 in der Zeitung »Shoda« erfolgte, und die Schließung der Zeitung sowie die Verurteilung ihres Chefredakteurs, Aljaksandr Sdwischkau, zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe zur Folge hatte. Der ehemalige Vizevorsitzender der Partei »Belarussische Volksfront«, Ales Michalewitsch, war der Meinung, der Schuldspruch basiere auf islamischen Moralnormen und sei für ein christliches Land nicht hinnehmbar. Und fragte rhetorisch, ob in Belarus nicht bereits das Gesetz der Scharia gelte (http://naviny.by/rubrics/society/2008/01/23/ic_articles_116_155138). In der Erklärung zur Tagung der Partei »Belarussische Volksfront« vom 19. März 2016 wird dazu aufgerufen, die Migration aus Syrien nach Belarus zu begrenzen, wobei bei einer Zahl von ungefähr 300 Migrantinnen und Migranten der Begriff »Migrationsstrom« benutzt wird und Geflüchtete als Menschen aus einem anderen »Zivilisationskreis« bezeichnet werden, deren Aufnahme in Belarus aufgrund des noch nicht vollständig ausgebildeten Nationalbewusstseins nicht möglich sei (<http://narodny.org/?p=10882>). Der Vorsitzende der oppositionellen Jugendorganisation »Malady Front« (»Junge Front«), Smitzer Daschkjewitsch, meinte unlängst in einer Videobotschaft auf »Youtube«, Muslime seien verlorene Menschen. Konkret auf Belarus bezogen, bringt er das mit einer eigenen Version der UNO-Prognose in Verbindung, der zufolge die Anzahl der »ethnischen/echten« Belarussen in Belarus bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Mio. Menschen sinken werde und fragt, ob dies das Belarus sei, für welches man kämpfe. Zum einen ist diese Zahl eine stark modifizierte Darstellung der Angaben der UNO, die die Zahl 5,745 Mio. angibt. Zum anderen ist der Zusammenhang zwischen einem Bevölkerungsrückgang und einer wachsenden Zahl von Muslimen generell äußerst verschwommen und fragwürdig, vor allem, wenn damit ein kausaler Zusammenhang gemeint wird (<https://www.youtube.com/watch?v=ZVXjdTx349U>; World Population to 2300: <http://www.un.org/esa/population/publications/longrange2/WorldPop2300final.pdf>, S. 198).

Dabei war und ist es gerade die tatarisch-muslimische Gemeinschaft, die im Laufe ihrer 600-jährigen Präsenz in der Kulturlandschaft des Landes trotz dessen Polonisierungs- und Russifizierungsversuchen einen unschätzbaren Beitrag zum Erhalt der belarussischen Sprache geleistet hat, und die teils immer noch weiterhin belarussischsprachig ist. Die Sprache ist aus der Perspektive des russlandnahen Regimes ein zentrales Merkmal politischer Opposition. Daher stellt die Ausgrenzung gerade dieser ethnischen Minderheit durch die Opposition, die aufgrund derselben Sprache vom Regime konsequent selbst diskriminiert wird, ein kulturelles Paradoxon dar.

Sexuelle und Gender-Identitäten

Eine noch größere Rolle spielt die Religion bei jungen Oppositionellen des konservativen Lagers, zum Beispiel bei der national gesinnten christlich-demokratischen Organisation »Malady Front«, wenn es um Toleranz gegenüber der LGBTQ+-Gemeinschaft gegenüber geht. So wird zum Beispiel Homosexualität als Merkmal für Degradierung religiöser Werte gesehen und neben Drogenkonsum und Abtreibung als Auswuchs der liberalen europäischen Zivilisation verunglimpft. Sie ist zudem mit zahlreichen Vorurteilen behaftet (http://naviny.by/rubrics/opinion/2010/04/30/ic_articles_410_167642; <http://mfront.net/6666.html>). Diese Haltung widerspricht keinesfalls der im staatlichen Apparat weit vertretenen Sichtweise vom »verdorbenen« Europa, wo mit Berufung auf Menschenrechte jede Art von »Perversion« vorstellbar sei (s. Bulhakaŭ / Komorowska (Hg.): Belarus. Neither Europe, nor Russia. Opinions of Belarusian elites. Warszawa 2006, S. 58.). Auch bei der Opposition mögen die Gründe für eine solche Haltung ähnlich sein: Kritisiert die Regierung die bei der Mehrheit der Bevölkerung in Verruf stehende LGBTQ+-Bewegung, um möglichst volksnah zu bleiben, so benutzt die Opposition dieselbe Strategie, um dem Establishment keine weiteren Gründe für Propaganda gegen die Opposition zu liefern. Der Vorsitzende der »Belarussischen Christlichen Demokratie« räumte in einem Interview ein, dass es in seiner Partei neben Atheisten und Muslimen auch Homosexuelle geben mag, betonte aber den aus seiner Sicht abnormalen Charakter der »Sünde des Homosexualismus«. Wer aber diese Sünde beichte und sich zu ändern versuche, sei »normaler« als Menschen, die außereheliche Beziehungen im Geheimen unterhalten (<https://www.svaboda.org/a/28505085.html>).

Die fehlende Akzeptanz von der »Norm« abweichenden sexuellen und Gender-Identitäten seitens der Opposition ist auch deshalb besonders bemerkenswert, als sich die meisten LGBTQ+-Aktivistinnen und -Aktivisten mit einem alternativen Konzept des belarussischen Nationalismus (»*alternative Belarusianness*«) identifizieren. Wiederholt benutzen sie bei Demonstrationen für ihre Menschenrechte alternative belarussische Staatssymbole und im Alltag oft die belarussische Sprache als Politikum; die LGBTQ+-Bewegung wird vom Regime im gleichen Maße unterdrückt wie oppositionelle Strömungen. In beiden Fällen dürfen Vereine und Organisationen im Land nicht registriert werden, nur wenige Aktionen werden gestattet. Trotz allem gibt es keine Anzeichen für eine mögliche Kooperation in absehbarer Zukunft, wobei es die politische Opposition ist, die den Ton angibt. Kennzeichnend für die Stimmung, die zwischen den beiden Lagern herrscht, mag die Aussage von Smitzer Daschkjewitsch sein, des politischen Anführers

ners der oppositionellen Jugendorganisation »Malady Front«. Der hatte gemeint, die Front werde sich eher mit der regierungstreuen Jugendorganisation BRSM (Belarussische Republikanische Jugendunion) vereinen als mit »Päderasten«, wie er Homosexuelle abwertend bezeichnete (https://gazetaby.com/cont/art.php?sn_nid=13215). Belarussische Jugend- und LGBTQ+-AktivistInnen wie Sjarhej Androsenka, Sjarhej Pradsed und Warwara Krasutskaja haben in den letzten Jahren das Land verlassen. Die wenigen, die in Belarus immer noch bleiben, wie die Gender-Aktivistin Julija Mizkewitsch, die Aktionen gegen Homophobie organisiert, würden nach eigenen Angaben das Land verlassen, sollte »Malady Front« jemals an die Macht kommen (http://naviny.by/rubrics/opinion/2008/05/05/ic_articles_410_156953).

Frauenbilder

Das Bild, das viele politisch engagierte Oppositionelle von Frauen haben, ist ebenfalls von traditionalistischen Denkmustern geprägt. Unter dem Schlagwort »Familienwerte« wird die Rolle der Frau auf Kochen, Kindererziehung und Haushalt reduziert. Politische Betätigung von Frauen und der Kampf für Frauenrechte werden dabei auf derselben Diskursebene behandelt und verunglimpft wie die »perversen« Queer-Bewegungen. Demzufolge gebe es in Belarus aus der Sichtweise von Pawel Sewjarynez (Belarussische Christliche Demokratie) keinen Platz für Menschen, die »an Homosexualismus erkrankt« sind oder »Feminismus betreiben« (<https://www.svaboda.org/a/paval-sieviaryniec/27782779.html>). Auch hier ist kein Unterschied zu den von der Regierung vertretenen Positionen erkennbar. Die Ausgrenzung von Frauen durch die politische Opposition ist umso bemerkenswerter, als das mit derselben Begründung erfolgt, wie die, die vom Regime gegen die auf oppositionellen Märschen protestierenden Frauen benutzt wurde. Wie aus inoffiziellen Berichten hervorgeht, wird die Diskriminierung von Frauen, die in Belarus vor allem auf dem Arbeitsmarkt sehr präsent ist, durch Aussagen von führenden Politikern fortdauernd genährt. Unter anderem ist hier die Aussage des Vorsitzenden der regierungsfreundlichen »Belarussischen Patriotischen Partei«, Mikalaj Ulachowitsch, zu nennen, die primäre Aufgabe einer Frau sei die Erziehung der Kinder. Dies fügt sich mit der Auffassung des amtierenden Präsidenten, dass die Rolle eines Staatsoberhauptes einer Frau nicht zustehe. Darüber hinaus sollte auch der Einfluss der sexistischen Berichterstattung – unter anderem in den oppositionellen Medien – nicht unterschätzt werden (<https://adcmemorial.org/wp-content/uploads/BelENGwww.pdf>) Frauendarstellungen erscheinen unverhältnismäßig oft im Zusammenhang

mit Ehe, Mutterschaft, Schönheit und Sexualität. Häufige Reportagen über Schönheitswettbewerbe schaffen eine sexualisierte Vorstellung von der Frau. Die Bedeutung traditioneller Familienwerte und Geschlechterrolle wird hervorgehoben. Berichte über Diskriminierung von Frauen sind hingegen viel seltener und erscheinen in der Regel auf Portalen wie »Radio Free Europe/Radio Liberty« (Ibid.). Der Wissenschaftlerin Tatsiana Shchurko von der Staatsuniversität Ohio zufolge wird Feminismus in Belarus als eine künstliche und unbedeutende Erscheinung angesehen, und Geschlechterungleichheit als nicht existent abgetan (s. unter anderem <E. Gapova>). Seit knapp 25 Jahren existieren in Belarus NGOs und öffentliche Vereinigungen, die sich Frauenrechtsfragen widmen (Shchurko, Tatsiana (2015), 150ff., 154.). Diese sind vor allem in der Bildung, der Sozial- und Rechtshilfe, der Forschung sowie in der Lobbyarbeit aktiv (Shchurko, S. 156.). Doch würden Themen wie das Recht auf Abtreibung in der Gesellschaft immer noch nicht ernst genug genommen und diskutiert, und der öffentliche Diskurs habe sich im Laufe der Jahre kaum verändert. Ungeachtet der allgemeinen Zersplitterung der belarussischen Opposition habe die Mehrheit der prodemokratischen Initiativen im Land die feministischen Ideen nicht aufgenommen und deren Bedeutung gegenüber dem tatsächlichen Widerstand dem Regime als zweitrangig bis vollkommen unwichtig betrachtet (Shchurko, S. 149).

Fazit und Ausblick

Die Idee eines alternativen Nationalismus, der dem offiziellen, staatlichen Nationskonzept der Republik Belarus unter Lukaschenka entgegengesetzt wäre, wird von vielen politischen Parteien und Bewegungen vertreten. Fast alle von ihnen sind inoffiziell, also nicht registriert, da sie selbst vom Regime diskriminiert und unterdrückt werden. Sie alle verbindet die Vision eines demokratischen Belarus, für die sie sich auf verschiedenen Ebenen einsetzen und wegen der sie von der Regierung und deren Anhängern »geothert« werden. Dieses Anderssein wird dabei nicht nur durch die jeweiligen politischen Ansichten, sondern auch durch verschiedene andere Merkmale festgelegt, von denen der Gebrauch der belarussischen Sprache sowie alternativer Staatssymbole am deutlichsten präsent ist. Der sogenannte ethnische Nationalismus der Opposition ist im Vergleich zum offiziellen, staatsbürgerlichen Nationalismus per definitionem stärker auf Exklusion aufgebaut. Ein allgemeingültiger Grund dafür lässt sich im Fall Belarus nicht eindeutig ausmachen: Zum einen sind es Unterschiede im Demokratieverständnis innerhalb der Opposition, zum anderen instrumentalisiert die Opposition unterdrückte Gruppen, um sich auf diese Weise vom Regime abzugrenzen.

In anderen Fällen hingegen grenzt sich die Opposition von anderen unterdrückten Gruppen ab, um Konflikte mit dem Regime und damit eine Verstärkung ihrer eigenen Marginalisierung zu vermeiden. Bei manchen Aktivisten schließlich scheint es sich wiederum um eine echte persönliche Überzeugung zu handeln.

Unter den in Belarus gegebenen spezifischen kulturellen, historischen und politischen Verhältnissen verlangsamt allerdings eine solche Positionierung den Demokratisierungsprozess und beschränkt die Möglichkeiten der politischen Opposition als Ganzes. Die ohnehin schwache und uneinige Opposition stellt keinen ernstzunehmenden Konkurrenten auf der politischen Szene dar. Die Ausgrenzung bestimmter, meist

ohnehin diskriminierter, unter anderem zudem demokratisch orientierter und ebenso eine alternative belarussische Identität teilender Gruppen durch Teile der Opposition könnte schlimmstenfalls dazu führen, dass sie auch unter einer neuen Regierung in Opposition bleibt. Dies wäre ein weiterer Beleg für die von Brian Bennett vorgelegte Prognose, dass die Opposition nicht imstande sein werde, einen politischen Nachfolger für Lukaschenka hervorzubringen. Sollte das aber doch der Fall sein, würde es für die gesellschaftliche Entwicklung des Landes bedeuten, dass die vorherrschenden Diskriminierungsmuster beibehalten blieben und sich in Hinsicht auf einzelne Gruppen sogar verstärken könnten.

Über den Autor

Filip Busau absolviert einen Masterstudiengang am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin (Abteilung Soziologie). Sein Forschungsinteresse gilt neben Minderheiten und sozial marginalisierten Gruppen Fragen der Migration und der Familienerinnerung, mit dem Fokus auf Belarus, die Baltischen Staaten, Finnland und den Nahen und Mittleren Osten.

Lesetipps

- Astapova, Anastasiya: Political Biography. Incoherence, Contestation, and Elements of the Hero Pattern in the Belarusian Case. In: Journal of Folklore Research, 53.2016, Nr. 2, S. 31–62.
- Bekus, Nelly: Struggle over identity. The official and the alternative Belarusianness. Budapest, New York: Central European University Press 2010.
- Bekus, Nelly: Ethnic identity in post-Soviet Belarus. Ethnolinguistic survival as an argument in the political struggle. In: Journal of Multilingual and Multicultural Development, 35. 2014, Nr. 1, S. 43–58.
- Ioffe, Grigory: Understanding Belarus and How Western Foreign Policy Misses the Mark. Lanham, Plymouth: Rowman & Littlefield, 2008, S. 175.
- Ioffe, Grigory: Reassessing Lukashenka. Belarus in cultural and geopolitical context. Houndmills: Palgrave Macmillan 2014.
- Mamul, Natalia: Narrative Templates of Post-Soviet Identity in Belarus. In: Polish Sociological Review, 2009, Nr. 166, S. 229–249.
- Rudling, Per A.: The Beginnings of Modern Belarus. Identity, Nation, and Politics in a European Borderland. In: The Journal of Belarusian Studies, 7.2015, Nr. 3, S. 115–127.
- Shchurko, Tatsiana: Gender sector and civil society in post-Soviet Belarus. In: Valer Bulhakaŭ und Aliaksej Lastoŭski (Hg.): Civil society in Belarus 2000–2015. Collection of texts. Warszawa: East European Democratic Centre, 2015, S. 149.